

Presse-Mitteilung (Sperrfrist 22.10.2014, 10:30 Uhr)

22.10.2014

**Planlosigkeit, Geld- und Personalmangel bedrohen psychiatrische Versorgung
Erneut schwere Missstände im Maßregelvollzug**

Am 22.10.2014 übergibt der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung dem Landtagspräsidenten und dem Minister für Arbeit und Soziales seinen 21. Tätigkeitsbericht.

Das ehrenamtlich tätige Gremium weist auf Defizite in der psychiatrischen Versorgung hin. Der Anspruch auf ambulante Eingliederungshilfe ist oftmals gefährdet, weil es zwischen dem Land als Kostenträger und den Leistungserbringern nicht zu Finanzierungsvereinbarungen kommt. Die Folge: Viele Betroffene leben nach wie vor in Heimen anstatt in eigenen Wohnungen. Weil die Landesregierung seit Jahren die inzwischen 18 Jahre alte Psychiatrieplanung nicht fortschreibt und auch nur drei Landkreise bzw. kreisfreie Städte (Landkreis Saalekreis, Stadt Halle (Saale), Landkreis Stendal) über eine regionale Psychiatrieplanung verfügen, fehlt es an Zielvorstellungen und langfristigen Perspektiven. Daraus resultieren zudem enorme Unterschiede in der Versorgung zwischen den einzelnen Regionen. Der Psychiatrieausschuss bekräftigt erneut seine Forderung nach einer umfassenden Planung der psychiatrischen Versorgung.

Erneut musste die Besuchskommission des Psychiatrieausschusses über schwere Missstände im Maßregelvollzug für psychisch kranke Rechtsbrecher berichten. Die personelle Situation in der Maßregelvollzugsklinik Bernburg, wo suchtkranke Rechtsbrecher auf der Grundlage des § 64 des Strafgesetzbuches behandelt werden, ist so angespannt, dass therapeutische Angebote eingeschränkt werden mussten oder ganz fehlen. Beispielsweise kann derzeit kein Anti-Aggressions-Training angeboten werden, obwohl 60 % der Patienten nach Gewaltdelikten eingewiesen wurden. Die Einrichtung ist dauerhaft überbelegt. Die Reduzierung des Fachkräfteanteils, an dem das Land als alleiniger Träger der SALUS gGmbH unbeirrt festhält, widerspricht nicht nur den fachlichen Erfordernissen, sondern ist ausschließlich Folge verfehlter Sparpolitik.

Dr. med. Bernd Langer
Vorsitzender des Ausschusses